

329.943 R
63 M

Monarchie, Republik und
politische Parteien
in Deutschland

Von

Paul Rohrbach



Monarchie, Republik und politische Parteien
in Deutschland

Monarchie, Republik und
politische Parteien
in Deutschland

Von

Paul Kohrbach



J. Engelhorn's Nachf. Stuttgart 1920

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

	Seite
1. Das Führerproblem	5
2. Militarismus	8
3. Der Krieg und die Einheit des nationalen Empfindens	14
4. Die Schuld der Parteien	20
5. Ideen und Parteien nach der Revolution	25

I / Das Führerproblem

Wenn hundert tüchtige Leute sich zusammen an eine Aufgabe machen, und sie haben keinen Führer dazu, so kommt weniger heraus, als wenn es hundert mittelmäßige sind mit einem tüchtigen Führer! Diesen praktischen Erfahrungssatz wird jedermann zugeben. Mit dem großen Leben der Völker und mit den Kräften, die die Weltgeschichte bewegen, steht es aber nicht anders. Nationaler Aufstieg ist eine Frage politischer Führung; nationaler Niedergang droht, wo die Führung fehlt. Monarchie, Aristokratie, Demokratie sind, von dieser Seite her betrachtet, nur verschiedene Versuche, das Führerproblem für Völker und Staaten zu lösen. Es ist eine ungeschichtliche Denkweise, *b e d i n g u n g s l o s* der einen oder der andern dieser Lösungen anzuhängen, wie der Gläubige einem Dogma oder der Liebende dem geliebten Objekt. Das monarchische Prinzip hat Großes in der Geschichte geleistet, aber seine Unvollkommenheit ist, daß eine Aufgabe, die das höchste Führergenie erfordert, und ein durch das Erbfolgerecht an die Führerstelle gebrachter untauglicher Mann zusammentreffen können. Dann ist die nationale Katastrophe da. Demokratie bis zur letzten Folge ausgedacht, führt zur Republik. Auch demokratisch-republikanische Staatswesen haben die wunderbarste Blüte gezeitigt, aber ebenso bekannt sind die Gefahren, denen sie erlegen sind. So wenig wie das monarchische Prinzip bietet das demokratische in sich schon eine Gewähr dafür, daß immer die Besten an den Führerplatz gelangen. Wenn aber das eine Prinzip einmal verhängnisvoll versagt hat, so schlägt notwendig das Pendel nach der andern Seite aus. Die Geschichte ist auch hier das Gericht.

Wir haben in Deutschland nach der Revolution jetzt ein Jahr Demokratie hinter uns, und wo sind die Führer? Den einen, der wohl an die Spitze unsres Volksstaats gehört hätte, hat das Schicksal hinweggenommen in dem Augenblick, wo seine nationale Berufung deutlich wurde: Friedrich Naumann. Er war es, der der Monarchie in Deutschland den Rat gab, als es noch Zeit war, sich mit der Demokratie zu vermählen. Wäre auf ihn gehört worden, wir ständen heute anders da. Jetzt, wo er tot ist, blickt man im demokratischen Deutschland umher von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken und fragt: Wo sind die Führer? Tüchtige, auch bedeutende Männer gibt es genug, aber ein Volk, das Tage erlebt wie das deutsche, braucht mehr. Es braucht große, fortreißende Persönlichkeiten. Solche sehen wir nicht, auf keiner Seite und an keiner Stelle.

Folgt daraus, daß es für uns heute eine ebenso verzweifelte Sache ist, uns dem demokratischen Gedanken anzuvertrauen, wie vorher dem monarchischen? Nein, wir müssen den Weg der Demokratie gehen,

aber wir müssen wissen, weshalb wir keine großen Führer haben, und was dazu gehört, damit wir solche bekommen. Vor einem halben Jahrhundert, ja bis vor einem Menschenalter, in der Epoche der Reichsgründung, da hatten wir Führer. Im wilhelminischen Deutschland waren sie verschwunden, und die heutige Führerlosigkeit ist ein Erbe aus dieser Periode. Führerlosigkeit kommt von Ideenlosigkeit. Wenden wir diesen Satz auf das Deutschland nach 1870 an, so haben wir die Erklärung unsres heutigen Zustandes.

Man hat gesagt: die Welt wird von den Leuten regiert, die sechzig Jahre und darüber alt sind. Das gilt besonders für die germanischen Völker in der Gegenwart — aber auch schon Homer pries die Weisheit Nestors, der drei Menschenalter sah, im Räte der Fürsten. Sind die Zeiten im ruhigen Fluß und geht die Entwicklung ohne Krisen vor sich, so mag es wohl sein, daß die ungünstigen Einflüsse einer Regierung, die ausschließlich durch die beharrte Generation geführt wird, von den günstigen überwogen werden. Im entgegengesetzten Fall aber können große Gefahren eintreten. Das geschah in Deutschland. Mit dem Zeitalter der Reichsgründung fing bei uns ein sprunghaft schneller äußerer Fortschritt des ganzen nationalen Lebens an. Die wirtschaftlich-materielle Entwicklung gewann ein beispielloses Tempo. Die Folge war ein ebenso beispielloser Aufstieg aus den niedrigeren in die besitzlich und sozial höher gelagerten Schichten. Unsere alten führenden Klassen im Staat und in den bürgerlichen Berufen waren infolge der langen Armut und politischen Machtlosigkeit Deutschlands im ganzen nicht breit und tief fundiert, viel weniger, als in Frankreich und England. Unter den früheren bescheidenen Verhältnissen des deutschen Volkes hatten sie aber genügt, um den Bedarf an gehobenen, geschulten Kräften in Staat und Wirtschaft zu befriedigen. Nach der Gründung des Reichs war das von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weniger der Fall. Immer mehr mußten ursprünglich tiefer gelagerte Kräfte aufsteigen. *Vorankommen, Emporkommen* wurde in Deutschland die Losung, und es bedurfte nicht einmal der Folgewirkungen des Zeitalters eines gedanklichen Materialismus, das der Höheperiode des neuen Reiches unmittelbar vorhergegangen war, um das durchschnittliche Verständnis dieses Aufstiegs äußerlich materiell zu gestalten.

Die Kräfte, die beim deutschen Aufstieg wirkten, hießen: Arbeitsdisziplin, Verneifer, Schulung, Organisation, Systematik. Dies waren die Kräfte, die sich bei uns im Laufe eines halben Jahrhunderts aufs höchste entwickelten und die uns dazu befähigten, fast übermenschliche Leistungen während des Krieges zu vollbringen. Ein Volk, das sich nicht selbst in eine solche Schule genommen hat, wie das deutsche, hätte das nicht entfernt gekonnt. Diese Schulung aber war einseitig. In ihr wuchs die nachbismarckische Generation auf, bei der die Führung

Deutschlands in der entscheidenden Zeit vor dem Kriege und während des Krieges lag. Ihr geistiges Verständnis gegenüber den großen Aufgaben des nationalen Lebens, nach außen wie nach innen, drückte sich in der Überzeugung aus, daß Befehl und Gehorsam, Disziplin und Gewissenhaftigkeit, organisatorische Zusammenfassung der Kräfte und unbeugsame Energie in ihrer Verwendung als Bürgschaften des Erfolges genügten. Der Fehler dieser Gedankenwelt war, daß letzten Endes nicht die Idee ihr Wesen ausmachte, sondern das Schema. Im Schema bewegten sich Denken und Wollen; innerhalb des Schemas der vorhandenen Begriffe und geübten Methoden wurde die Summe der Kraft, die wir besaßen, verwendet. Auch die Fülle idealistischer Kräfte, die es in Deutschland gab, Pflichttreue und Bereitschaft zur Selbstdahingabe für das Vaterland, verstanden die Leiter Deutschlands nur dem Schema gemäß zu brauchen, das ihr Denken beherrschte.

So beschaffen war unsere führende Generation, als wir in den Weltkrieg mußten. Die meisten von uns wissen oder haben ein Empfinden dafür, daß in dem jüngeren Geschlecht sich schon eine Wandlung vorbereitet. Wären die Zeiten ruhig geblieben, so wäre wohl allmählich die schematische wilhelminische Weltanschauung überwunden worden und eine ideenpolitisch gehobene wäre an ihre Stelle getreten. Statt dessen erlebten wir das Unglück, daß die maßgebende alte Generation vor eine Aufgabe gestellt wurde, deren Wesen sie nicht begriff. Wie hätte sie da die Führer hervorbringen sollen, deren Deutschland bedurfte? Die jüngeren aber, die etwas davon wußten oder ahnten, daß es mit dem Schema allein nicht ging, daß eine große und freie Ideenpolitik hinzutreten mußte, die waren noch nicht so weit, daß sie sich im geordneten hierarchischen Verlauf der Dinge geltend machen konnten, und sie kamen auch selber noch nicht aus der Erfahrungsschule der praktischen Politik.

Das Übel, das uns des Führertums in der entscheidenden Stunde beraubte, war also im Grunde der Materialismus der vorhergegangenen Jahrzehnte. Hier wird sicher Widerspruch laut werden, und viele werden jagen: Ich selber bin Idealist! Und konnte es dann auch im großen ein idealeres Erlebnis geben, als das leidenschaftliche, vaterlandsliebende Aufbrennen der ganzen Nation in einer einzigen großen Opferflamme im August 1914? Jawohl, das ist richtig. Auch ein zweites ist noch richtig: daß von den Führern, die wir draußen und daheim im Weltkriege hatten, nicht wenige dieselbe Gesinnung besaßen. Aber was half die Gesinnung, wenn der Geist des Ganzen nicht frei war!

Materialismus soll hier gar nicht heißen, daß ganz Deutschland noch in der Platttheit des Denkens im Zeitalter von „Kraft und Stoff“ steckte, oder daß die Deutschen nichts getan hätten als verdienen und jshlemmen. Trotzdem regierte der Materialismus. Er regierte auf

der Linken wie auf der Rechten. Wir gehören nicht zu denen, die die Sozialdemokratie damit bekämpfen, daß sie sagen: nach dem sozialistischen Bekenntnis kommt die Weltgeschichte aus dem Futtertrog. Zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus ist ein Unterschied, und es gibt einen ethischen Sozialismus, der weltweit von allem materialistischen Denken entfernt ist. Darum ist es aber doch richtig, daß die Geschichtsauffassung des Materialismus bis heute zum sozialdemokratischen Bekenntnis gehört. Die Versuche, denen man neuerdings begegnet, materialistische Geschichtserklärung und materialistische Weltanschauung zu trennen, sind interessant als Zeugnisse dafür, daß der Idealismus wieder vordringt, aber mehr bedeuten sie schwerlich. Im Bürgertum hieß es zwar: wir haben kein materialistisches Bekenntnis, wir sind nationale Idealisten! Wie aber hieß doch das praktische Lebensideal des Bürgertums? Hieß es nicht: Emporkommen! Vorwärtskommen!?

Die nationale Energie bei uns verdichtete sich aber nicht nur auf den materiellen Aufstieg, sondern sie wurde auch, trotz der starken Zunahme der deutschen Auslandsinteressen, zu stark zusammengehalten in den engen Grenzen unseres Landes. Auch die Auslandskunde, die es in Deutschland gab, war zu sehr materialistisch-geschäftlich und viel zu wenig ideenpolitisch interessiert. Zum richtigen Führertum für Deutschland hätte auch gehört, daß die Ideen, von denen die außerdeutsche Welt bewegt wurde, unter uns bekannt und gewürdigt waren. Davon gab es so gut wie nichts. Unsere heutige Generation stammt noch mit nur allzu geringen praktischen Ausnahmen aus der Zeit, wo man glaubte, den Übergang aus der Weltwirtschaft in die Weltpolitik ohne ideenpolitischen Kompaß machen zu können. Ihre Weltpolitik hieß: Platz an der Sonne, und das Mittel, um dahin zu gelangen: nur keine Scheu im Gebrauch unsrer Kraft. Anders gesagt: die Frucht des Materialismus in der deutschen Politik hieß: Alldeutlichkeit. Nach dem, was vorher gesagt wurde, wird keine Erklärung nötig sein, wieso in das brutale alldeutsche Schema doch soviel nationaler Idealismus hineingeraten konnte. Führer aber erstanden Deutschland auch auf diese Weise nicht.

2 / Militarismus

Die Frage der nationalen Führung und die Frage des nationalen Militarismus hängen bei uns unmittelbar zusammen. Es kommt sehr darauf an, wie man das Wort „Militarismus“ versteht. Man kann sagen, daß wir ins Unglück gekommen sind, weil wir zu viel Militarismus hatten, aber man kann mit demselben Recht sagen, daß es davon kam, weil wir zu wenig Militarismus hatten. Die Art,

von der wir zu wenig hatten, war der altpreußische, friderizianische Militarismus, und die, von der es zuviel gab, war der neudeutsche, wilhelminische. Als wir noch den alten besaßen, hatten wir Führer, als der neue uns erfaßte, gab es kein rechtes Führertum mehr bei uns.

Der Weltkrieg war für uns eine ins Ungeheure vergrößerte Wiederholung der Probe, die Preußen im siebenjährigen Kriege bestehen mußte. So klar es damals war, daß die alten Großmächte des achtzehnten Jahrhunderts das Aufkommen Preußens als gleichberechtigter Faktor nicht so leicht hinnehmen würden, so klar war es auch, daß wir die durch unser materielles Wachstum begründete Weltstellung nicht ohne Kampf würden behaupten können. Es ist kindlich, die Idee des Friedensvölkerbundes und des Weltschiedsgerichts, so wie sie durch den Krieg jetzt Gestalt gewonnen haben, nachträglich auf den Wettstreit der Völker vor dem Kriege anwenden zu wollen. Die Politik des wirtschaftlichen und nationalen Imperialismus erfüllte vor dem Kriege gleichmäßig die europäische Atmosphäre, und die Einkreisung Deutschlands wurde von England und den übrigen Genossen der Entente deshalb vorgenommen, weil der deutsche Imperialismus zugunsten des englischen, französischen und russischen niedergedrückt werden sollte. Wir hätten auf den Haager Friedenskongressen sicher eine klügere Haltung einnehmen können, als wir taten — aber die Einkreisung wäre uns darum nicht erspart geblieben.

Friedrich der Große sah klar, daß Preußens Großmachtstellung weder zu begründen noch zu behaupten war, ohne die Mittel des Staates *a u f s ä u ß e r s t e* für den Zweck der militärischen Bereitschaft anzuspannen. Die Ausgaben für die Rüstung waren daher lange Zeit die vornehmsten Ausgaben des Staates. Die Verwaltung war klug und sparsam und leistete trotzdem für allgemeine Staatszwecke alles Notwendige; aber das Notwendigste von allem war die militärische Rüstung. Hundertfünfzig Jahre später während des Jahrzehnts zwischen dem russisch-japanischen und dem Weltkriege brauchte ein deutscher Monarch noch kein Friedrich zu sein und seine Staatsmänner brauchten auch noch kein übermenschliches Format zu haben, um zu erkennen, daß ein Koalitionskrieg mit überlegenen Kräften gegen Deutschland möglich, ja daß er je länger desto wahrscheinlicher war. Von da an, wo Rußland infolge des Vertrages von 1907 mit England sich der Einkreisungsgruppe genähert hatte, war die Gegenpartei imstande, uns das Gesetz des Handelns vorzuschreiben. Wir hatten das selbst durch die Bülow'sche Entscheidung von 1901 verschuldet, in der falschen Annahme, England und Rußland würden nie den Weg zueinander finden können. Nun hatten sie ihn doch gefunden. An der entscheidenden Stelle aber reichte es weder zur friderizianischen Einsicht, noch zum friderizianischen Willen in bezug auf den notwendigen Mili-

tarismus. Daran sind wir gescheitert; wären Einsicht und Wille vorhanden gewesen, so hätten wir uns behaupten können.

Es wird klar sein, was wir hier meinen: die Nichtdurchführung des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht vor dem Kriege. Man weiß, was uns diese Schwäche gekostet hat: den Verlust der Schlacht an der Marne und des Feldzuges in Frankreich, mit dem der Krieg eröffnet wurde. Hätten wir ein halbes Duzend Armeekorps mehr besessen, so wäre es möglich gewesen, in Frankreich stark genug aufzutreten und die russische Grenze vorläufig zu decken. An der Marne ist für Deutschland nicht eine Schlacht verloren gegangen, sondern die Grundlage des Feldzuges wurde in der Wurzel zerschnitten. Es war der Plan, in einem raschen und siegreichen Bewegungskrieg zu bleiben, bis die französische Armee niedergerungen war. Statt dessen wurde daraus der Stellungskrieg, und er war schließlich das Unheil bei der wachsenden Ungleichheit der materiellen Kräfte. Drei Armeekorps, hat man gesagt, hätten genügt, damit wir an der Marne siegten, oder damit die Nerven des Siegeswillens bei der obersten Heeresleitung nicht verloren gingen. Es war nicht nur der deutsche Rückzug, sondern es war auch die beispiellose Wiederbelebung des französischen Mutes durch den Ausgang der Schlacht, was ihr die Bedeutung verlieh. Nicht drei Armeekorps aber, sondern ein Mehrfaches wären wir imstande gewesen über unsre Kriegsstärke von 1914 hinaus aufzustellen, wenn mit dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht während des Jahrzehnts, das dem Kriege vorherging, Ernst gemacht worden wäre. Nicht ausdenken läßt sich, wie anders dann die Dinge hätten kommen können. Paris und die Kanalküste wären gleich beim Beginn des Krieges unser geworden, die ganze Entwicklung des englischen Landheeres, die englische allgemeine Wehrpflicht, wäre unterbunden worden, der Eindruck auf das neutrale Ausland ein unermesslicher gewesen, selbst wenn während der Zeit die Russen im Osten vorübergehende Vorteile davontrugen. Man kann fragen, ob ein so ungeheurer militärischer Triumph, wie ihn die volle Ausnutzung unsrer militärischen Kraft uns dann erlaubt hätte, schließlich zum Segen für Deutschland ausgeschlagen wäre. Diese Frage steht aber hier nicht zur Erörterung. Wir stellen nur fest, daß unsre Niederlage im Weltkrieg hätte vermieden werden, daß statt dessen ein glänzender Sieg hätte davongetragen werden können, wenn Männer an der Spitze unsres Staates gestanden hätten, die genug Einsicht und Kraft besaßen, um das Prinzip des *altpreussischen* Militarismus zu verwirklichen.

Wer war der Verantwortlichste dafür, daß es nicht geschah? Der Monarch an der Spitze Deutschlands! Die deutsche Verfassung vor dem Weltkrieg legte die Verantwortung und die entscheidende Initiative für alle großen Dinge in seine Hände. Man

hat versucht, den Reichstag verantwortlich zu machen, der keine Mittel für immerwährende Erhöhung der Militärausgaben bewilligen wollte. Das ist eine unberechtigte Entschuldigung der Schuldigen. Nicht der Reichstag hatte die Weltlage zu überschauen und die für Deutschland notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen, sondern die Regierung, und die Regierung war der Kaiser. Es war keine übermenschliche Aufgabe, die Gefahren unserer Situation zu überblicken und zu erkennen, wie leicht wir in die Lage kommen konnten, den letzten waffenfähigen Mann in Deutschland bitter nötig zu brauchen. Und ihn rechtzeitig zu brauchen! Ein Kaiser, eine Regierung, ein Minister, die mit dieser Erkenntnis im Herzen sich beschieden: Soviel ist vom Reichstag nicht zu erlangen! — verdienten sie nicht auf der Stelle von ihrem Platz gebracht zu werden? Es war ihre Sache, dem Reichstag zugleich mit der Überzeugung von Deutschlands vollem Friedenswillen einen Eindruck von der Stärke der Gefahr zu geben, die eines Tages über uns hereinbrechen konnte. Ernsthaft ist das nie versucht worden, und es geschah deshalb nicht, weil die entscheidenden Stellen es an Einsicht und Mut fehlen ließen. Eine Monarchie wie die englische wäre nicht in dem Sinn, wie wir es hier behaupten, schuldig gewesen; eine Monarchie wie im kaiserlichen Deutschland war schuldig, und wird nie von ihrer Schuld freigesprochen werden können. Auf die kürzeste Formel gebracht, heißt diese: „Zu wenig Militarismus!“

Nach der andern Seite entsprach dem verhängnisvollen „Zu wenig“ ein ebenso verhängnisvolles „Zu viel“. Seine innere Erklärung haben wir schon im vorigen Kapitel gegeben, als wir die Macht des schematischen Denkens im wilhelminischen Deutschland schilderten. Die schematische Weltanschauung kann man ebensogut militaristische Weltanschauung nennen, wenn man vom Militarismus die Fähigkeit fortnimmt, politisch klar zu sehen, und von ihm übrig läßt, was von Ideenpolitik nicht berührt erscheint. Es kann immer noch sehr viel übrig bleiben; soviel, daß es uns befähigte, vier Jahre lang einer feindlichen Welt zu widerstehen. Und doch war es nicht genug, weil es nicht bis zur Einsicht in die Notwendigkeit des ideenpolitischen Verfahrens reichte. Ideenpolitik treiben, heißt Führer haben; militaristische Politik machen, heißt führerlos sein trotz aller Führung.

Das schlimmste Verhängnis des militaristischen Denkens ist, daß diejenigen, die in ihm befangen sind, gar nicht begreifen, daß man anders, ideenpolitisch, denken kann. Das gilt ganz gleich für Generale, Parteiführer und Gewerkschaftssekretäre mit oder ohne Ministerstellung. Der deutsche Militarismus beschränkte sich keineswegs auf das Militär und die Bürokratie, sondern er durchdrang auch die wirtschaftspolitischen Organisationen und die Parteien. Auch unsere Sozialdemokratie denkt im Grunde militaristisch, denn sie denkt in a-

terialistisch und sie denkt schematisch. Diese drei Begriffe sind so nah miteinander verwandt, daß man sie vertauschen kann. Man braucht auf den beschränkten Militarismus des gesamtdeutschen Denkens nur eine Probe zu machen, und man wird gleich erkennen, worum es sich hier handelt. Ranke's tiefe Weisheit vom Primat der auswärtigen Politik über die innere existierte 1914 weder für unsere Regierung noch für die oberste Heeresleitung, weder für die Konservativen noch für die Sozialdemokratie. Um sie anzuwenden, dazu hätte die Fähigkeit gehört, Ideenpolitik, also unmilitaristische Politik, zu treiben. Bismarck konnte das; er machte Ideenpolitik. Er, die undemokratischste Natur, die man sich denken kann, warf ohne Bedenken die stärkste der demokratischen Künste, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit in die Pfanne, als es sich darum handelte, für die auswärtige Politik den Eindruck der unerschütterlichen innern Stärke Deutschlands zu machen. Ein militaristisch denkender Kopf hätte nicht auf eine solche Maßnahme kommen können. Welch ein wirkliches Kraftgefühl sprach aus ihr, und welch einen Eindruck mußte dies geniale innerpolitische Wagnis nach außen hin machen! Es war kein Kruppsches gezogenes Geschütz, kein Zündnadelgewehr, keine Mehrbewilligung des Parlaments für die Armee, es war überhaupt nichts Materielles, Greifbares, es war Ideenpolitik. Bismarck mit seiner jungerhaften, antidemokratischen, vulkanischen Natur stammte noch aus dem Zeitalter, wo man gewohnt war, in Ideen zu denken, zu arbeiten. Er hat durch die entgegengesetzten Seiten seines Wesens auch das Seine dazu beigetragen, daß der deutsche Geist im Kampf mit den materialistischen Kräften einer späteren Epoche die Niederlage erlitt, die wir beklagen, aber das war weniger seine Schuld, als die des deutschen Volkes. Ideenpolitisch, bismarckisch wäre es gewesen, wenn der Kaiser oder ein großer Ratgeber jenem Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ noch eine Fortsetzung gegeben hätte. Die hätte lauten müssen: „Ich kenne auch keine Klassen mehr, keine Abstufung von Volksrechten nach Vermögens- oder sonstigen Klassen, kein Klassenwahlrecht mehr, sondern nur noch Söhne des Vaterlandes mit gleichen Rechten!“

Es war kein Kaiser da, kein Kanzler, kein Staatsmann, kein parlamentarischer Führer, keine Zeitung, die dem deutschen Volk zugerufen hätte: Dieser Krieg wird von den Feinden zu allererst als Ideenkrieg geführt; wollt ihr nicht unterliegen, so müßt ihr dem Gegner auf diesem Felde begegnen! Statt dessen stand auch die politische Kriegführung vom ersten Tage an unter dem Zeichen des gedanklichen Militarismus. Welch eine Tragik ist es, sich vorstellen zu müssen, daß die Fülle idealer Kräfte, die Opferbereitschaft, die Treue, die unser Volk in den Krieg brachte, umsonst gewesen sind, weil Volk und Führer nicht sahen,

daß hier mit Kräften gekämpft werden mußte, die über alle Disziplin, alle Organisation und allen Schematismus hinauslagen, und daß wir verloren waren, wenn es uns nicht gelang, solche Kräfte rechtzeitig aufzubieten! Wilhelm II. hatte große geistige Gaben, und wenn auch das Urteil unanfechtbar ist, daß er Schein und Wahrheit nicht unterscheiden konnte, so besaß er doch Gefühl für moralische Verantwortlichkeit. Vollkommen unfähig aber war er, die Gesetze ideenpolitischen Handelns zu begreifen. Er glaubte oft genug, Ideenpolitik zu treiben, aber in Wirklichkeit war er gedanklicher Militarist durch und durch. Wie ihm die Einsicht und die Charakterstärke für den frederizianischen Militarismus fehlten, so fehlte ihm auch die Fähigkeit, geistige Führernaturen zu erkennen und zu ertragen. Wenn man bedenkt, daß sein Charakter eigentlich ein unpassierbarer Filter für große Ideen und große Männer war, so ist es fast schon ein Wunder, daß eine Gestalt wie der Reichskanzler von Bethmann Hollweg in den Jahren vor dem Weltkrieg die Regierung leiten konnte. Auch Bethmann hatte aber nicht die Kraft des Entschlusses, die bei wahrhaft großen politischen Naturen durch den ideenpolitischen Instinkt beflügelt wird. Bismarcks kühnes Vorbild war vorhanden, und welch eine zerschmetternde Kraft gegen die Lüge der Feinde, Deutschland sei die freiheitsfeindliche Macht in der Welt, hätte von der Wiederholung seines Beispiels gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen ausgehen können. Statt dessen triumphierte die Ideenlosigkeit der Rechten, sich in der Wahlrechtsfrage auf den alten Bismarck zu berufen!

Bismarck, der große Realpolitiker, hätte auch nach einer andern Seite Vorbild für die Einschätzung ideenpolitischer Faktoren zu Beginn des Krieges sein können. Als er 1887 in einer Lage, die den schnellen Ausbruch eines deutsch-französischen Konflikts möglich erscheinen ließ, von englischer Seite die Andeutung erhielt, man könne sich den deutschen Durchmarsch durch Belgien gefallen lassen, wenn die belgische Selbständigkeit nach dem Kriege unberührt bliebe, antwortete er: Deutschland denkt nicht daran, einen Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrages zu beginnen! Dieser Staatsmann wußte, was in einem Kriege, der sich auch damals leicht zu einem Daseinskampf für Deutschland hätte auswachsen können, der ideenpolitische Kampffaktor bedeutete, und die scharf zugespitzte Formulierung seines Satzes zeigt, für wie gefährlich er die Waffe hielt, die Deutschland der feindlichen Seite mit der Verletzung eines europäischen Vertrages, selbst unter stillschweigender Duldung eines Hauptbeteiligten wie England, in die Hand gegeben hätte.

Daraus, daß im August 1914 niemand daran dachte, welch ein Kampfmittel für uns die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, für den Feind aber unser Einbruch in Belgien war, ersieht man die

vorgeschrittene Militarisierung unsres politischen Denkens. Sie trat auch im eigentlichen Wortsinn darin zutage, daß die politische Staatsleitung sich einfach dem militärischen Gesichtspunkte bei der Führung des Angriffs durch Belgien unterwarf. In demselben Artikel der „Post“, in dem Bismarck die Verletzung der belgischen Neutralität ablehnen ließ, markierte er, daß in Deutschland die Gesichtspunkte der Staatsleitung, nicht die des Generalstabs, auch für einen Fall wie die Neutralität Belgiens maßgebend seien. Dreißig Jahre später kannte sogar der Kaiser gegenüber dieser ideenpolitischen Frage erster Ordnung nur militaristische Gesichtspunkte. Wilhelm II. sprach oft von moralischen Eroberungen, aber was er darunter verstand, war gedanklicher Schematismus oberflächlicher Natur. Prinzenbesuche, Statuengeschenke, Regattaeinladungen machen noch keine Ideenpolitik. Um die zu machen, hätte der Kaiser merken müssen, wie fremd und antipathisch durch den Überschuß an Militarismus das deutsche Wesen der übrigen Welt geworden war. Er hätte es gar nicht verstanden, wenn ein Reichskanzler wie Bismarck ihm gesagt hätte: Die Verletzung eines europäischen Vertrages, wie der über Belgien, kann uns, wenn die Feinde ihn ideenpolitisch ausnutzen, mehr kosten, als uns der Durchmarsch militärisch einbringt! Oder: Die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen wird auf dem ideenpolitischen Kriegsschauplatz stärker zu unsern Gunsten wirken, als daß irgend welche innerpolitischen Folgen der Demokratisierung dagegen in Betracht kämen! In diesen Dingen war die Sinnesart des Kaisers gerade so widerstandslos gegen den militaristischen Schematismus, wie die öffentliche Meinung in Deutschland und die militärisch und politisch führenden Kräfte. Selbst wenn er Ratgeber von ideenpolitischer Einsicht und Kraft gehabt hätte, so hätte er sie nicht zu benutzen gewußt. Hierin eben fehlte ihm die Eignung als Führer der Nation, und auch hierin hat die Monarchie und der monarchische Gedanke in Deutschland es büßen müssen, was dem Monarchen an Verständnis für die Natur unsrer Lage abging.

3/ Der Krieg und die Einheit des nationalen Empfindens

Wir waren schlecht vorbereitet auf den Weltkrieg 1914. Man redete bei uns oft genug von der Einkreisung, und daß wir gerüstet dastehen müßten, wenn die Feinde über uns herfielen. Es gab auch eine Anzahl Alldeutsche und einige Militärs, die den Rat gaben, sobald die Gelegenheit sich böte, den Feinden zuvorzukommen und sie anzugreifen. Für das allgemeine Empfinden des deutschen Volks und für die Gedanken der deutschen Regierung war das bedeutungslos. Auch der deutsche Generalstab dachte nicht daran, einen Weltkrieg als

Präventivkrieg oder überhaupt als Angriffskrieg zu führen. Bei allen Reden vom Platz an der Sonne und von der gepanzerten Faust war Deutschland friedlich. So und nicht anders wußten es auch vor dem Kriege die maßgebenden Stellen im Ausland. Wer anders draußen redete, verfolgte damit seine Zwecke, und diese Zwecke lagen seitwärts vom Frieden.

Als der Krieg losbrach, hatte ganz Deutschland das Empfinden, daß wir die Angegriffenen waren. Jetzt gibt es allerhand Leute bei uns, die uns belehren wollen, wir seien doch die Angreifer gewesen, das „fluchwürdige“ alte System, die „fluchbeladene“ alte Regierung, oder wie die Phrasen sonst heißen mögen, hätten den Krieg absichtlich herbeigeführt, oder doch mindestens absichtlich den Frieden nicht erhalten. Mag sein, daß es heute selbst an Regierungsstelle Leute bei uns gibt, denen es nicht gefällt, daß sich die Unschuld der alten Regierung am Ausbruch des Weltkrieges immer unwidersprüchlicher ergibt. Voreingenommenen und Narren ist aber nicht zu helfen; solchen, die ein Gefallen daran finden, das eigene Nest zu beschmutzen, ebenso wenig. Wer vernünftig und gerecht urteilt, geschichtliche und persönliche Zeugnisse und die Logik der Dinge methodisch würdigt, der zweifelt nicht mehr daran, daß wir zwar seit lange falsche Politik gemacht haben, aber von moralischer Schuld im Sinne frivolen, vorbedachten Kriegswillens kann keine Rede mehr bei uns sein. Unser Unglück, wenn man will unsre Schuld, bestand darin, daß wir uns die Handlungsfreiheit durch unsre Gegner hatten nehmen lassen.

Nam es nun einmal zum Kriege — wovon hing dann in erster Linie der Ausgang für uns ab? Man kann sagen: Von unsrer Stärke! Was diese betrifft, so haben wir gesehen, daß wir uns aus Mangel an echtem Militarismus freiwillig weniger stark gemacht hatten, als wir hätten sein können. Die militärische, materielle Stärke war aber nur der eine Faktor, und neben ihr gab's noch einen zweiten, ideenpolitischen, und der war nicht weniger wichtig. Auch hierfür berufen wir uns auf Bismarck. In der großen Rede, in der das Wort von den Deutschen fiel, die Gott fürchteten und sonst nichts auf der Welt — es würde noch heute gelten, wenn wir nicht falschen Militarismus, sondern Ideenpolitik getrieben hätten! — sagte Bismarck: „Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unsrer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein... dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen.“

Was aber gehörte nach Bismarck dazu, daß unser nationaler Wille und unsere nationale Kraft ungebrochen einheitlich in einem Kriege wirkten? Daß es ein Verteidigungskrieg war! In jenem selben Jahre 1887 schrieb Bismarck einen Brief an seinen englischen Kollegen, den Premierminister Lord Salisbury, um ihm ein deutsch-englisches Bündnis vorzuschlagen. In England machte man sich Sorge wegen des Prinzen Wilhelm. Auch ein kriegslustiger Monarch, erläuterte dagegen Bismarck dem Engländer, kann einer Nation von fünfzig Millionen Einwohnern bei dem Maße von Zivilisation und bei der Macht der öffentlichen Meinung, wie sie in Deutschland vorhanden sind, die Leiden, die jeder große Krieg notwendig im Gefolge hat, nicht auferlegen, ohne genügende schwerwiegende und schlagende Beweise von seiner Notwendigkeit. Mit einem Heere wie dem deutschen, das die Gesamtheit der Lebenskraft des Landes darstellt, lassen sich keine Kriege mehr führen, die bloß die Folge dynastischer Stimmungen oder monarchischen Ehrgeizes sind. Deutschlands militärischer Apparat ist defensiv, und nur bestimmt, in Bewegung gesetzt zu werden: „wenn die Nation die Überzeugung gewonnen hat, daß es sich um die Abwehr eines Angriffs handelt.“

Das heißt nichts anderes, als daß nach Bismarck ein deutscher Volkskrieg, im Namen und mit dem Willen der ganzen Nation geführt, nur ein Verteidigungskrieg sein könne. So empfand auch unser Volk den Hereinbruch des Weltkrieges im August 1914. So empfand es ihn, und so war es wirklich und wahrhaftig. Wir wissen aber, daß diese innere Einheit der Nation dem Kriege gegenüber nicht lange dauerte. Wie lange? Nicht länger, als die durchgehende nationale Überzeugung, daß wir in Wahrheit einen Verteidigungskrieg, nicht einen Macht- oder Annexionskrieg, führten. Vor allen Dingen handelte es sich um Belgien. Annektiert oder nicht annektiert, Belgien sollte ein Bestandteil des deutschen Machtbereichs werden. Was außer Belgien noch in Frage stand, war für den Frieden nicht entscheidend, und es hätte gewonnen werden können, ohne das Annexionsprinzip im Sinn der Vergewaltigung anzuwenden. Litauen und das baltische Gebiet hätten kraft des freien Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung zum Anschluß an Deutschland gebracht werden können, wenn man bei uns ideenpolitisch freiheitlich gedacht hätte. Diese Dinge aber waren nicht einmal die Hauptsache. Die Hauptsache war der Eroberungsgedanke, hier offen, dort verkleidet in den Sicherungsgedanken, und Belgien war sein wichtigstes und gefährlichstes Objekt.

Hans Delbrück hat jene Politik der „Sicherungs“-Kriegsziele Kommisspolitik genannt. Mit Recht, denn wir brauchten kein anderes Kriegsziel zu verfolgen, als uns ungebrochen zu behaupten und der

Welt den Beweis zu liefern, daß selbst eine so furchtbare Koalition, wie die von 1914 und später, uns nicht niederwarf. Ein zweites Mal fanden sich die Gegner dann nicht mehr zusammen, zumal wenn Rußland gründlich geschwächt und durch innerpolitische Krisen auf lange beschäftigt oder wenn an seine Stelle durch Verwirklichung des Freiheitsprinzips für die sogenannten Randvölker ein neues osteuropäisches Staatensystem gesetzt war. Dann war die Einkreisungsgefahr auf immer von uns genommen. Auf keinen Fall aber war es nötig, Belgien in dieser oder jener Form zu behalten. Belgien im deutschen Besitz bedeutete eine für Frankreich wie für England und damit zuletzt auch für die übrige Welt unerträgliche Verewigung der deutschen Übermacht. Belgien behalten zu wollen, hieß den Weltkrieg ins Unabsehbare verlängern, erstens wegen der überwältigenden militärisch-politischen Bedeutung dieses Besitzes, und zweitens wegen der ideenpolitischen Schwere der belgischen Frage im Weltkrieg. An Belgien hauptsächlich ist die ideenpolitische Kraft der Räubergenossenschaft, die sich Entente nannte, gewachsen; an Belgien ist der Charakter des deutschen Krieges als eines Verteidigungs- und Volkskrieges in unsrem Volksbewußtsein zugrunde gegangen.

Im Juli 1917 kam die Friedensresolution des Reichstags; ihrem Ursprung nach ein politischer Fehler, weil sie aus einer Panikstimmung entstanden war, aber immerhin ein Schritt, dem man gute Folgen hätte geben können. In England war das Urteil über die Resolution geteilt; einerseits wertete man sie als Zeichen der Schwäche, andererseits hielten die Verständigungsfreunde sie doch für brauchbar, um eine Aktion daran zu knüpfen, denn auch auf der Ententeseite war um die Zeit die Stimmung wenig siegeszuversichtlich. Der Reichstag aber war, wie jedermann wußte, nicht der maßgebende Faktor in Deutschland. Daher die Frage des Führers der englischen Opposition, Asquith, gleich nach der Annahme der Entschliebung im Reichstag: Was sagt nun die deutsche Regierung über Belgien? Die deutsche Regierung hatte nichts andres zu sagen, als die vier verhängnisvollen Worte des schlimmsten aller deutschen Reichskanzler, Michaelis: „Wie ich sie auffasse!“ Das wirkte als Erlösung für alle Kriegstreiber auf der Seite der Entente. Nun war es möglich, die Lehre von dem militaristischen Gewaltstaat Deutschland, die Kreuzzugspredigt gegen das freiheitsfeindliche hunnische Volk und seinen Kaiser, den bösen Feind der Menschheit, aufrechtzuerhalten.

Es war die Schicksalsfrage an die Monarchie in Deutschland. Es war, als ob Bismarcks Stimme noch aus dem Grabe rief: Was tust du, Kaiser, jetzt, um die Einheit des deutschen Volkswillens noch zu retten, den Krieg noch zu gewinnen? Diese Einheit war schon erschüttert in den Jahren vorher. Der Kriegsdruck wurde immer stärker, die

verbrecherische Hungerblockade immer verderblicher. Schon vor der Friedensresolution, und nach ihr erst recht, fragte man sich im Volk: Ist es nicht möglich, aus dieser Not herauszukommen? Nein, antworteten unsre Militaristen im Kriegsrock und im Heimattkleid: die Feinde wollen keinen Frieden außer einem, der Deutschland zerschmettert. Aber wie, fragte man im Volk dagegen: Wenn wir ein klares Wort sprechen, daß wir keine Eroberungen wollen, daß wir nur unsern alten Stand vor dem Kriege bewahren wollen? Das war der Punkt, auf dem diejenigen Recht hatten, die da sagten: Vielleicht ist es doch möglich, den Krieg zu beendigen, ohne daß wir zu Schaden kommen. Von da an, wo unsre Regierung sich weigerte, die Reichstagsentschließung *u n z w e i d e u t i g* zu bekräftigen, war der Giftkeim der Spaltung ins Volk gelegt. Die Regierung aber bedeutete im alten Deutschland die Monarchie. Kein Kanzler, kein Feldherr, kein Reichstag hatte in der Stunde der Entscheidung auf Tod und Leben in Deutschland, so wie es damals war, die letzte und höchste Verantwortlichkeit, sondern allein der Kaiser.

Wir denken noch einmal zurück an das Erlebnis des August 1914. Die Sozialdemokratie bewilligte den Kriegskredit, und die innere Einheit unsres Volks war in dem Augenblick so verwirklicht, wie kaum jemand es vorher zu träumen gewagt hätte. Für einen Monarchen, der die Stunde begriff, mußte es die höchste ideenpolitische Aufgabe jetzt sein, dies Himmels Geschenk festzuhalten. Das war wohl möglich, wenn die Einheit des Bewußtseins blieb, daß wir im Verteidigungskriege standen. Hierfür war es ein Unglück, daß die großen Siege der ersten Kriegswochen kamen, ohne daß man im Volk die verhängnisvolle Bedeutung der Marneeschlacht erkannte. Wären wir im Sturm bis Paris, bis an den Ozean gedrungen, hätten wir den Feind so zerschmettert, daß er jeden Frieden annehmen mußte, hätten wir in ein paar Monaten den Krieg zu Ende gebracht, so hätte vielleicht in einem großen nationalen Rausch auch ein annektionistisches Friedensdiktat erfolgen können. Aber wäre das ein Glück für Deutschland gewesen? Sicherlich nicht. Nachdem die Marneeschlacht die Wurzel unsres ursprünglichen Kriegsplans zerschnitten hatte, war von keinem Friedensdiktat mehr die Rede. Noch einmal hätte es ein Siegfrieden werden können, wenn der Kaiser Hindenburg gefolgt wäre und nicht Falkenhayn, wenn man auf Petersburg marschiert wäre, um Rußland zu entwaffnen, und nicht auf Verdun. Auch darin, daß die Entscheidung nach der falschen Seite gesucht wurde, im Westen statt im Osten, zeigte sich die Unfähigkeit, ideenpolitisch zu denken. Alle die Fehler, die gemacht wurden, stehen aber zurück hinter dem einen: daß die Monarchie es nicht als ihre oberste Aufgabe und als die notwendigste aller Bedingungen zur Rettung Deutschlands

erkannte: die Volkseinheit, das hieß das Bewußtsein des Verteidigungskrieges, festzuhalten.

War die Monarchie, war der Monarch so sehr schuld? Hier kann nur das Wort gelten: Wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel gefordert. Für einen Kaiser in der Stunde eines so ungeheuren Schicksals, wie es Deutschland in den Jahren des Weltkriegs traf, ist es keine Entschuldigung, wenn er dem falschen Militarismus seinen Tribut zahlt. Für einen andern vielleicht, für einen Kaiser nicht. Es hat etwas unendlich Tragisches, zu sehen, wie selbst der verehrteste deutsche Mann, der greise Feldmarschall Hindenburg, in seiner Rede vor dem Untersuchungsausschuß nicht erkennt, was zu Deutschlands Sieg und Frieden hätte dienen können, und wie er nach dem falschen, von Ideenpolitik unberührten Schema urteilt. „Trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung“, hören wir ihn sagen, „trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre. Darin hatten wir das Mittel zum Siege gesehen, den zu erreichen wir den festen Willen hatten; aber was geschah nun? Während sich beim Feinde trotz seiner Überlegenheit ein Zusammenarbeiten aller Parteien und aller Schichten zeigte, so daß sie sich in dem Willen zum Siege immer fester zusammenschlossen, und zwar je schwieriger unsre Lage wurde, da machten sich bei uns Parteiinteressen geltend. Diese Zustände führten zur Spaltung des Siegeswillens. Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt.“

Wie ergreifend ist es, den alten Helden, in dessen ehrfürchtiger Verehrung die große Mehrzahl der Deutschen bis auf den heutigen Tag einig ist, so in kindlich gutem Glauben an dem Problem selbst vorbeireden zu hören, um das es sich hier handelte, der Frage: **W o h e r k a m d e n n d i e Z e r s p a l t u n g d e s K r i e g s - u n d S i e g e s - w i l l e n s i m V o l k ?**

Beim Kaiser handelt es sich nicht um moralische Schuld. Politische Notwendigkeiten zu verkennen, ist eine politische oder, vom Standpunkt der Nachwelt aus gesprochen, eine historische Schuld. Vor dem Volk und vor der Geschichte gilt aber die eine Schuld soviel wie die andre; nur für die Person macht es einen Unterschied. Wäre der deutsche Kaiser ein Monarch gewesen wie der König von England, hätte er dem Volk zurufen können: Du bist schuldig, nicht ich. Wie ungeheuer wäre unser Ansehen in der Welt gestiegen, wenn wir den Weltkrieg mit einem Frieden beendet hätten, ähnlich dem von Hubertusburg! Von den Enden der Welt wäre man zu uns gekommen, um Anschluß zu gewinnen. Machtvoll wäre der Flug des deutschen Gedankens über die Welt gewesen. Nichts weiter war dazu nötig, als daß die Berant-

wortlichen an Bismarcks große Lehre dachten: Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unsrer Nationalkraft führen wollen, so muß die ganze Nation mit ihm einverstanden sein, es muß ein Volkskrieg, ein Verteidigungskrieg sein! Das nicht gesehen zu haben, war die Schuld des Monarchen. Sein Charakter und seine Persönlichkeit reichten nicht aus. Die schwerste Krise unsres nationalen Daseins traf in eine Zeit, wo ein untauglicher Herrscher die Führung hatte. So brach das Unglück über uns herein. Wir lehnen jedes häßliche, niedrige Wort über den Kaiser ab. Ich finde es verächtlich, wenn jetzt jemand daraus, daß es keine Majestätsbeleidigungen mehr gibt, sich eine Gelegenheit nimmt, Wilhelm II. zu beschimpfen. Er war einmal unser Kaiser, und die Idee unsrer Volkseinheit verkörperte sich in ihm. Wer wegwerfend von ihm spricht, beschmutzt auch heute noch sich selbst und sein Volk. Das aber darf uns nicht hindern, wenn es sein muß, einen vernichtenden Maßstab an die monarchische Persönlichkeit zu legen, die uns zu führen hatte und nicht zu führen imstande war.

4 / Die Schuld der Parteien

Es gehört heute zum eisernen Bestand der Parteitaktik, einander die Schuld am Zusammenbruch der Nation vorzuwerfen. Keine der Parteien aber ist bereit, Selbstkritik zu üben. Die Rechtsparteien sagen: Früher gab es die Monarchie und es gab Autorität, Ordnung und nationale Größe. Heute gibt es keine Monarchie mehr, und darum auch keine Ordnung, keine Größe und kein Selbstgefühl; sollen diese Dinge wieder aufgerichtet werden, so muß zuerst die Monarchie wieder erstehen. Das ist ein so oberflächlicher und trügerischer Schluß, daß man versucht sein könnte, selbst seine subjektive Ehrlichkeit zu bezweifeln. Es ist aber nicht nötig, denn die Oberflächlichkeit des menschlichen Denkens ist auf politischem Gebiet ebenso grenzenlos, wie auf allgemein geistigem, und die bloße Oberflächlichkeit eines politischen Arguments ist kaum je ein Hindernis für seine Überzeugungskraft gegenüber der Masse gewesen.

Wenn aber die Führer der monarchischen Propaganda auf der rechten Seite etwas tiefer nachdenken wollten, so müßten sie sich sagen, daß die Monarchie zugrunde gegangen und der Zusammenbruch Deutschlands erfolgt ist durchaus nicht nur, weil die monarchische Persönlichkeit versagte, sondern auch weil die Rechtsparteien, die besonderen Güter des monarchischen und des autoritativen Gedankens, gleichfalls ein besonderes Maß von Schuld an dem Unheil auf sich geladen haben. Wenn sie sich mit diesem Vorwurf nicht ehrlich auseinandersetzen und wenn sie ihn nicht zu entkräften imstande sind, so haben sie überhaupt kein Recht darauf, sich als Führer zur Erneuerung

Deutschlands anzubieten. Es ist nicht erlaubt, bei der Diskussion über ein Unheil, bei der Empfehlung von Rezepten zu seiner Beseitigung und bei der moralischen Vernichtung der Schuldigen die Tatsache zu unterschlagen, daß man selbst durch sein ursprüngliches Verhalten das Unheil mit herbeigezogen hat.

Die Rechte hat immer beansprucht, in einem höheren Sinne staaterhaltend zu sein, als die übrigen Parteien. Dann hätte sie auch vor ihnen die Wahrheit des Satzes befolgen sollen, daß die auswärtige Politik den Primat hat vor der inneren. Bei der auswärtigen Politik handelt es sich um das Dasein, den Bestand und die Sicherheit der Staaten, bei der inneren nur um ihre Einrichtung. Staaterhaltend in der Stunde der Gefahr ist es daher, wenn man die innere Politik kein Hindernis für die äußere werden läßt, gleichgültig, was im Standes- oder Klasseninteresse, das auf jeden Fall geringer ist als das Staatsinteresse, erwünscht ist. So machte Bismarck innerpolitisch zugleich auswärtige, das heißt im höhern Sinne staaterhaltende Politik und lehrte, daß innere Einheit des Volksempfindens im Kriege die Vorbedingung für den Sieg ist.

Wie aber dachte und handelte die Rechte? Zugegeben, daß es zunächst die Pflicht einer weitblickend ehrlichen Regierung und obersten Heeresleitung gewesen wäre, dem gegebenen Versprechen gemäß nach der Schlacht an der Marne dem Volk zu sagen: der Grundgedanke unserer Kriegführung muß sich jetzt ändern, wir müssen uns auf lange Dauer, auf den härtesten Kampf gefaßt machen, und wir müssen zufrieden sein, wenn wir uns siegreich behaupten. Für die Führer auf der Rechten hätte aber mehr als für jemand anders die Möglichkeit bestanden, die Wahrheit oder doch wenigstens ein Stück davon zu sehen. Statt dessen waren sie die Hauptvertreter des Verlangens, den Krieg gerade an der politisch gefährlichsten Stelle, im Westen, durch Eroberungen zu beenden, die eine Verlängerung des Kampfes ins Unbestimmte und eine Vermehrung der Opfer ins Ungeheure bedeuteten. An der ideenpolitisch verkehrten, schematischen Auffassung dessen, was hinter einem solchen Kriege „Sicherheit“ für Deutschland bedeutete, hat die oberste Heeresleitung zu unsrem Unglück festgehalten. Sie wurde aber darin unterstützt durch das enge Bündnis mit den Rechtsparteien, dem Alldeutschentum, das sich nach der Friedensresolution vom Juli 1917 als „Vaterlandspartei“ organisierte. Zur Rechten in diesem mehr oder weniger schroff schattierten annexionistischen Sinn gehörten die agrarischen und feudalen Konservativen, gehörte die Schwerindustrie und gehörten die Intellektuellen der Vaterlandspartei, das heißt ein großer Teil unserer in das militaristische Denkschema mit hineingeratenen akademischen Bildung.

Diese ganze Koalition hat nicht erkannt, daß sich unter dem Einfluß der wachsenden Kriegsnot eine tiefgehende und vollkommene Spaltung

des deutschen Volks gegenüber den anexionistischen sogenannten Sicherungszielen des Krieges vollzog. Wenn die oberste Heeresleitung nicht die Einsicht und die Reichsregierung nicht die Klarheit und Kraft besaß, unerschütterlich daran festzuhalten, daß dieser Krieg nur dann ohne Unheil für Deutschland enden würde, wenn die Einheit des Kriegswillens im Volk, das heißt die Einheit des Empfindens, es sei ein Verteidigungskampf, festgehalten wurde, so trifft das allergrößte Verschulden daran, an der Spaltung, die schließlich bis in die Tiefe drang und zum Verderben wurde, die Rechtsparteien. Niemand von ihnen war imstande, Bismarcksche Gedanken nachzudenken. Niemand von ihnen wollte sehen, wie unter dem wachsenden Druck der Not, der grausamen Hungerblockade, die physische und moralische Zermürbung im Volk immer stärker wurde und immer unwiderstehlicher sich die Frage nach dem Mittel erhob, den Frieden wiederzubringen. So wenig wie die Monarchie es begriff, daß die Volkseinheit nur erhalten werden konnte, wenn im Volksempfinden der Verteidigungscharakter des Krieges unzweideutig erhalten blieb, so wenig begriff es die Rechte. Die Schuld der Monarchie fällt daher voll auch auf sie, und nicht nur voll, sondern im verstärkten Maß, denn große Parteien und politische Organisationen, die in einer nationalen Lebensfrage von dieser Bedeutung ihr bestimmtes Willensziel verfolgen, müssen sich darüber klar sein, daß sie auf keinen Fall die Fühlung mit der Masse verlieren dürfen. Sie haben das leichter als die Monarchie. Es gab auch Warnungszeichen genug, durch die sich die Rechte hätte darauf aufmerksam machen lassen sollen, daß die Spaltung da war, daß sie tief und tiefer fraß und daß es kein anderes Mittel gab, sie wieder zu schließen, als die Rückkehr zu den reinen Verteidigungszielen.

Hieraus folgt, daß die heutigen Rechtsparteien ganz und gar im Unrecht sind, wenn sie so tun, als ob sie keine Verantwortung für unsere Katastrophe träge. Sie haben keine Spur von Recht, zu sagen, es sehe darum heute in Deutschland so trostlos aus, weil die Monarchie und die alte Staatsordnung gestürzt sind. Nein, nicht darum, sondern weil die Monarchie und mit ihr die Rechtsparteien ein sehr großes Maß von Schuld auf sich geladen haben, und von den Rechtsparteien muß man dazu noch sagen, was von der Monarchie nicht gesagt zu werden braucht: daß ihre verhängnisvolle Haltung nicht allein aus ideenpolitischem Unverstand, sondern auch aus materiellem, klassenhaftem, wirtschafts- und machtpolitischem Egoismus kam. Es ist eine Anmaßung und ein Fehler ohnegleichen, wenn die Rechte jetzt unter der Behauptung, sie brauche durch Krieg und Niederbruch nichts für sich zu lernen, sie brauche nichts zu vergessen und sich für nichts zu entschuldigen, sich dazu anbietet, die Übel Deutschlands zu heilen. Dabei

ist es ein bloßes Fechterstück, auf die Veränderung des Programms und den Wechsel des Parteinamens hinzuweisen. Es sind die alten Männer, die einen mehr im Hintergrunde, die andern mehr nach vorn geschoben, es ist der alte Geist, und es ist der alte Hochmut, als national nur gelten zu lassen, was sich politisch zu den Idealen der Rechten bekennt.

Aber wir müssen gerecht sein nach beiden Seiten. Man mag die Schuld der Monarchie und der Rechtsparteien noch so groß hinstellen, so darf man doch nicht bestreiten, daß nicht geringer die Schuld derer ist, die Deutschland in seiner schwersten Stunde waffenlos machten und sich einbildeten: die einen, daß wir dadurch zu einem anständigen Frieden kämen, die andern, daß nun das goldene Zeitalter der sozialistischen Internationale anbrähe. Wie konnte es zum Siege dieser unermesslichen politischen Dummheit, wie konnte es zur deutschen Revolution kommen? Dadurch, daß das Volk, die Masse, bis in ihre Tiefe hinein zermürbt war und daß der Gedanke, Frieden zu erlangen, jede Vernunft überwog. Dahin hatte es die Politik der Spaltung unsres nationalen Einheitswillens durch die Annexions- und Sicherungspolitik gebracht. Immer stärker schwoll in der Tiefe die Frage an: ist denn kein Friede möglich? Immer klagender, verbissener, grimmiger ging die Antwort um: Ja, er wäre schon möglich, aber die da oben wollen nicht! Es ginge wohl, daß der Hunger und das Morden aufhört, daß die Männer und Väter und Brüder und Söhne aus dem Felde zurückkehren, daß wieder ein vernünftiges, anständiges, friedliches Leben beginnt, aber es soll kein Friede sein, weil so viele da sind, die beim Krieg gewinnen! Weil erobert und annektiert werden soll! Weil es so gar keine Eile hat, mit dem demokratischen Deutschland und mit dem Ende des Militarismus! Weil das Heer nicht heimkommen soll ohne einen richtigen Sieg, und weil es nicht heißen soll: Der Militarismus hat es nicht geschafft, er hat nachgeben müssen! Weil die an der Macht sind, die mit dem alten Deutschland siegen wollen, und weil es darnach so bleiben soll, wie es bisher war! Weil es Kronen und Herzogshüte zu gewinnen gibt! Weil große Vermögen beim Kriege herauspringen!

So ging das Reden um, und die Müden und Zaghaften, die Verzweifelten und die Revolutionäre, die friedensgläubigen Utopisten und die bestochenen Verräter stimmten zusammen in der Anklage: es könnte schon Friede sein, aber die da oben lassen nicht von ihren Annexions- und Eroberungszielen, und solange bleibt der Feind bei seinem Kriegswillen. Wollten jene davon lassen, so würde er zum Frieden bereit sein; nur Deutschlands Hartnäckigkeit hält den Frieden auf! Auf solchem Grunde entwickelte sich der verzweifelste Geistes-

zustand der Nation, der es geschehen ließ, daß von den Feiglingen auf der Flotte und von den „Deserteuren, Lazarettbullen und Etappenschweinen“ hinter der Front und in der Heimat die Revolution gemacht wurde. Wie hätte da geholfen werden können? Wie wäre es möglich gewesen, das Einheitsgefühl in der Nation zu erhalten, den verderblichen Irrtum nicht aufkommen zu lassen, daß die Erklärung deutscher Verzichte die Kriegstreiber beim Feinde noch lange nicht zum Frieden bereit machen würde? Wenn solche ausgesprochen wurden — wäre dann der feindliche Kriegswillen alsbald zusammengebrochen? Sicher nicht. Das Erste wäre vermutlich gewesen, daß die Ententeregierungen höhnisch und siegesgewiß Deutschland zurückwiesen und ihren Völkern verkündeten: Jetzt geht es mit Deutschland zu Ende! Das Zweite aber wäre gewesen, daß beim Feind die innere Einheitsfront sich lockerte und Kriegstreiber und Kriegsgegner offen gegeneinander standen. Es wäre beim Feinde erreicht worden, was tatsächlich dem Feind bei uns zu erreichen gelang. Und die feindliche Antwort, daß auch „Verzichte“ uns nichts nützen sollten, hätte aufgeräumt mit dem Wahn, daß man auf diese Weise direkt mit den feindlichen Regierungen zum Frieden kommen könne. Sie hätte den Deutschen gezeigt, daß ihnen, so schwer die Lage auch geworden war, nichts andres übrig blieb, als sich wieder in festem Durchhaltswillen zusammenzuschließen. So hätte man das Gerede zerschneiden können, daß der Friede zu haben sei, wenn man nur wolle.

Weil das nicht geschah, griffen Irrtum, Verzagttheit, Verrat immer weiter um sich. Jeder denkfähige Mensch hätte sich sagen müssen, daß in dem Augenblick, wo wir die Waffen wegwarfen, beim Feinde nicht Friedens- und Verständigungswille, sondern der tollste Chauvinismus und die ungezügeltste Habgier hervorbrechen würden. Welches durch vier Jahre Kriegsheße und Kriegsleidenschaft aufgeregte Volk sollte imstande sein, moralisch zu widerstehen, wenn ihm seine Führer zuriefen: Nun haben wir's geschafft, der Feind hat die Waffen weggeworfen, jetzt wird er ausgeschlachtet und es wird aus ihm herausgeholt, was nur herausgeholt werden kann! Wer das nicht vorauszuerkennen imstande war, wer sich einbildete, es sei etwas auf die Versprechungen von drüben zu geben, ein gebessertes Deutschland werde gut behandelt werden, der war ein politischer Narr. Diese Narrheit aber hat unsern Zusammenbruch vollendet. Sie war es, die dem teilweise schon schwankenden, aber doch noch kämpfenden, für die Verteidigung des Vaterlandes wieder aufrichtbaren Heer nach dem Wort des feindlichen Feldherrn den Dold in den Rücken stieß. Die Rechte und die Linke haben sich also, was Verantwortlichkeit für die Katastrophe angeht, nichts vorzuwerfen. Die einen sind ebenso

schuldig wie die andern. Ohne die Vorarbeit von der rechten Seite her hätte nie die geistige Verfassung im Volk entstehen können, durch die die Revolution möglich wurde, und ohne den törichten Illusionismus und die stupide politische Urteilslosigkeit auf der äußersten Linken hätte die Revolution nicht zum Dolchstoß ausholen können.

5 / Ideen und Parteien nach der Revolution

Deutschland ist Republik; die Monarchie ist verschwunden. Wie aber steht es mit dem monarchischen Gedanken? Wie steht es mit dem Kaisertum, sei es mit dem alten geschichtlichen Namen, sei es ohne ihn? Die Formel: „Die da oben hätten aufhören können, aber sie haben nicht aufgehört, nun haben sie ihren Lohn dahin“, vereinfacht über-treibend die Zusammenhänge, aber es steckt genug Wahrheit in ihr, um die psychologische und moralische Unmöglichkeit zu begründen, jetzt Propaganda für den Monarchismus zu machen. Monarchische Propaganda heißt heute in Deutschland nichts anderes, als Propaganda für die Wiederkehr der Hohenzollern. Daß das eine ganz unmögliche Sache ist für absehbare Zeit, darüber kann es keine Debatte geben. Wenn alle überzeugten Monarchisten für die monarchische Propaganda einem Parteidiktator Vollmacht geben wollten, so würde seine Tätigkeit heute am klügsten damit anfangen, daß er jeden Gesinnungsgenossen ein Schloß vor den Mund legte, der in den nächsten drei Jahren öffentlich von Wiederherstellung der Monarchie zu reden versuchte. Die monarchische Schuld und die Schuld der Parteien, die sich um den monarchischen Gedanken scharten und jetzt noch scharen, ist zu groß und sitzt zu tief im Volksempfinden fest, als daß Propaganda für die Monarchie nicht sicher gefühlsmäßig einen doppelt verschärften Widerstand gegen das Monarchentum in Deutschland hervorrufen sollte. Das Volk läßt sich nicht davon zurückbringen, daß es die furchtbare Summe der Kriegsleiden, die es durchgemacht hat, der Monarchie und ihren am monarchischen Prinzip und an der monarchischen Person interessierten Verteidigern verdankt.

Nicht mehr der Monarch, aber vielleicht die Monarchie und damit der Zusammenhang unserer geschichtlich nationalen Entwicklung wären zu retten gewesen, wenn der Kaiser, statt sich ins Hauptquartier verschleppen zu lassen, auf den Rat des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden gehört hätte, abzudanken und einer deutschen Nationalversammlung die Entscheidung über die zukünftige Verfassung zu überlassen. Durch dies persönliche Opfer des Kaisers (und des Kronprinzen) hätte der monarchische Gedanke in Kraft erhalten bleiben können — und auch der gemäßigte Republikaner wird zugeben, daß eine demokratisierte Monarchie in Deutschland auf jeden Fall der

Revolution vorzuziehen gewesen wäre. Nun muß das Menschenalter, das auf die Revolution folgt, bei uns das Gottesgericht zwischen Republik und Monarchie bringen. Die Republik sitzt heute im Sattel, aber ob sie wird reiten können, hängt davon ab, wie im republikanischen Deutschland die Frage der Führung zur nationalen Wiederherstellung ihre Lösung findet. Das politische Führerproblem ist entscheidend für die Verfassungen der Völker. Wenn es der Republik gelingt, Deutschland die Führer zu schaffen, die es zum Wiederaufstehen braucht, so wird alle monarchische Propaganda der Zukunft von selber kraftlos bleiben. Gelingt der Republik diese Aufgabe in absehbarer Zeit nicht, fängt das Volk an zu fragen: wo bleiben die, die uns im Namen der Republik zu bessern Tagen führen sollten, wir sehen sie nicht! — so werden sich seine Augen naturnotwendig wieder der monarchischen Propaganda zuwenden und niemand wird sie daran hindern können. Zeigt diese Propaganda dann wirkliche Führerpersönlichkeiten am Werk, und zeigt sich ein Träger des alten monarchischen Gedankens in Deutschland, dessen Persönlichkeit in den entscheidenden Berufen und Schichten im Volk Vertrauen erweckt, so werden die Tage der deutschen Republik gezählt sein. Wahnsinn aber ist es, wenn heute jemand an die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland mit äußeren gewaltsamen Mitteln, durch Putsch und dergleichen, denkt. So etwas zu planen bedeutet den Bürgerkrieg, und wenn es Leute gibt, die daran denken, so darf das nationale Verbrechen, auf das sie ausgehen, moralisch darum kaum milder beurteilt werden, weil sein Zusammenbruch schon in den Anfängen sicher vorausgesehen werden kann.

Alle politische Ideen- und Parteibildung im heutigen Deutschland muß von zwei Augenpunkten her betrachtet und beurteilt werden. Der eine wird durch das Führerproblem, der andre durch das ideenpolitische Prinzip im nationalen Handeln bestimmt. Wir sind jetzt ein Jahr lang Republik und Demokratie, und sehen nicht viel von Führung, weil wir immer noch unter dem Druck des Verhängnisses arbeiten (und noch eine ganze Weile werden arbeiten müssen), daß die alte Generation in der Hervorbringung von Führern und nationaler Ideenpolitik wenig geleistet hat. Da bleibt also nichts als schmerzliche Geduld; wenn es sein muß, vielleicht auf ein Jahrzehnt oder selbst mehr, bis die Not der Zeit die Führer gebiert, die wir brauchen. Not ist ein guter Erzieher; vielleicht hilft sie uns schon früher, als wir denken.

Führertum und Ideenpolitik müssen, wenn sie kommen, um zwei gedankliche Pole kreisen: den nationalen und den sozialen. Führung an sich ist nur ein Formalbegriff. Wohin sollen wir geführt werden, zu welchem Ziel? Zu keinem andern als zu dem der nationalen

Wiederaufrichtung! Nämlich ein Engel vom Himmel und hielte uns eine Predigt hierüber, in der aber von nationalem Empfinden, von nationalem Selbstgefühl, vom deutschen Weltgedanken nichts steht, so würden wir ihn vertreiben müssen: fort mit dir, wir haben nichts mit dir zu schaffen. Sicher ist das höchste Ziel, dem wir nachstreben müssen, menschheitlicher Natur. Der aber täuscht sich, oder er spricht unwahr, der behauptet, es könnten Menschheitsziele verwirklicht werden außer auf dem Weg über die Völker. Nur indem jeder versucht, an seinem Teil und nach seinen Kräften sein eigenes Volk groß und tüchtig zu machen, kann er auch versuchen, dem menschheitlichen Ideal zu dienen. Woher sind die großen Persönlichkeiten in der Geschichte gekommen, die die Menschheitskultur entscheidend vorwärts brachten? Wodurch sind sie groß gewesen? Doch nur dadurch, daß sie vom Geist ihres Volkes das Beste in sich verkörperten und von ihm zu menschheitlicher Größe emporgetragen wurden. Niemand kann Großes für die Menschheit tun, es sei denn, er täte zuerst etwas Großes für sein eigenes Volk, und das tun, heißt daran arbeiten, daß das eigene Volk innerlich und äußerlich emporsteigt.

Darum ist es empörend und ist eine Torheit, bittend und räsonnierend vor der Entente dazustehen, anstatt mutig den moralischen Angriff auf sie zu eröffnen: all euer Reden und all euer Tun ist Gewalt und Lüge! Lüge ist das Schuldurteil gegen Deutschland, auf das ihr all eure satanischen Machenschaften gründet! Wir haben unparteiische Prüfung der Schuldfrage am Krieg und im Krieg verlangt. Wir haben angeboten, alles vorzulegen, was wir haben, und ein gerechtes Urteil anzuerkennen. Ihr aber, ihr Heuchler und Gewalttäter, ihr kneift feige! Wir werden so lange moralisch und materiell mißhandelt werden können, wie die Feinde es fertig bekommen, die Welt glauben zu machen: Wenn es auch den Deutschen jetzt schlecht geht, so geht es ihnen doch nicht schlechter, als sie verdienen! Mir erzählte ein Ausländer von einem Gespräch, das er mit einem leitenden Staatsmann gehabt hätte, und das mit der Frage dieses Herrn eröffnet wurde: Nun, wie denkt man jetzt bei Ihnen über die Politik Deutschlands? Antwort: Herr Minister, ich sehe keine deutsche Politik! Frage: Aber wieso? Deutschland macht doch jetzt eine Politik der Versöhnung mit seinen bisherigen Feinden? Antwort: Entschuldigen Sie, Herr Minister, man ist draußen sehr erstaunt darüber, daß die Deutschen mit Gesten der Versöhnung kommen. Man glaubt, die Bereitschaft zur Versöhnung könne den Deutschen nur von den andern Völkern angetragen werden, wenn es scheint, daß sie genug für ihre Verbrechen gebüßt haben. Wollen Sie Eindruck auf die Welt machen, so zertrümmern Sie erst das Vorurteil, daß es Ihnen nur nach Verdienst geht, und das werden Sie durch nichts andres erreichen, als dadurch, daß Sie Ihre Feinde zu

jeder Zeit und an jedem Ort mit allen Mitteln moralisch angreifen und herausfordern!

Wir können nicht eher anfangen, deutsche Politik zu machen, als bis wir wieder über politische Druckmittel verfügen. Ein Heer haben wir nicht, eine Flotte haben wir nicht, wirtschaftliche Machtmittel haben wir nicht. Ideenpolitische Mittel aber können wir anwenden: nationale und soziale. Der holländische Sozialistenführer Troelstra hat gesagt: Deutschland kann wieder zu dem ihm gebührenden Platz in der Welt kommen, wenn die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß die Arbeiter in den feindlichen Ländern sehen: In Deutschland gibt es so kräftige soziale Fortschritte, daß wir daraus ein Beispiel für uns nehmen können; gegen Deutschland darf man keine Gewalt mehr anwenden. Lord Robert Cecil, der kommende Führer der englischen liberalen Partei, hat nach dem großen Eisenbahnerstreik gesagt: Die Forderung für die Arbeiter sei, daß sie zum Stande der Teilhaber erhoben würden; er, Lord Robert, sei überzeugt, daß hierin eine tiefe Wahrheit liege, hier sei der entscheidende Punkt, nicht bei der Lohnfrage; über die Methoden ließe sich diskutieren, aber er hoffe, daß in England das Grundprinzip freimütig und weitherzig angenommen werde. Ist das nicht eine kräftige Aufforderung gerade für uns in Deutschland? Können wir uns dies englische Wort nicht zum Muster nehmen? Sind wir nicht bereiter und befähigter, es zur Wahrheit unter den Völkern zu machen, viel befähigter als England? Betreten wir nicht den Weg der moralischen Weltheroberung, sobald wir uns daran machen, es bei uns zu verwirklichen?

Der nationale und der soziale Gedanke in wesenhafter Verbindung miteinander müssen unsere gesamte deutsche Zielsetzung beherrschen. Wäre ihre Vereinigung früher zustande gekommen, so wäre daraus die große moralische Idee einer deutschen Weltmission hervorgewachsen, und sie hätte es unmöglich gemacht, mit den Geschäftsklügen des Weltausbeutesyndikats die Völker gegen uns zu einigen. Immer noch aber ist es nicht zu spät. Konnte unser Sturz nicht aufgehalten werden, so ist es doch möglich, an unsere Wiederaufrichtung zu gehen. An der Klarheit des Willens, alles andre unter dem Gesichtspunkt des nationalen Ziels zu sehen, und allen andern Mitteln zur nationalen Wiederaufrichtung das soziale Mittel voranzustellen, werden sich die Geister und die Parteien in Deutschland scheiden. Sehen wir ab von dem eigentümlichen Gebilde des Zentrums, das den katholisch-kirchlichen Gedanken an Stelle des nationalen, sozialen oder interessenpolitischen zum zusammenhaltenden Moment macht, so haben wir in Deutschland die drei großen Gruppierungen der Rechten, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Wie sind diese drei zu beurteilen?

Die Stärke der Rechten beruht darauf, daß sie mit äußerster Energie den nationalen Gedanken und die nationale Wiederherstellung betont. Damit kann sie sicher sein, bei einem sehr großen Teil des Volks, namentlich bei den Gebildeten und bei all denjenigen Widerhall zu finden, die gefühlsmäßig mit dem alten Preußen-Deutschland noch verbunden sind. Deren Zahl ist nicht klein, und für die weibliche Seite des Volks gilt das entschieden noch stärker, als für die männliche. Die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen war vom Standpunkt der antikonservativen, antimonarchischen Politiker, ohne daß es diesen zum Bewußtsein kam, ein Wagnis, dessen Folgen ihnen vielleicht noch starke Kopfschmerzen machen werden. Auf dem Wege der Rechten aber kann das Volk nicht gesunden, weil dort die Einsicht oder der gute Wille, nicht selten auch beides fehlen, um sich das Maß der eigenen Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch klarzumachen. Weil die Rechte diese Verantwortung nicht wahr haben will, kann sie nie darauf rechnen, einmal mehr als eine Partei zu sein, eine Partei, die auf jeden Fall den Teil der Volksmasse gegen sich haben wird, dem die Schuld der Monarchie und der Rechten deutlich ist. Die Politik der Rechten kann zu nichts anderem führen als zur Verschärfung der inner-nationalen Gegensätze, und die Rechte kann selbst in dem für sie günstigsten Fall keine andere Hoffnung hegen, als durch inneren Kampf, durch gewaltsame Niederringung des Widerstandes der Massen, zur Herrschaft zu gelangen. Damit ist das moralische Urteil über ihre Politik gesprochen. Wir hören es von ihr in allen Tonarten behauptet, daß die Niederlage und der Zusammenbruch nichts anderes gewesen sei, als die Folge der antinationalen Parteileidenschaft und des bösen Willens auf der Linken. So empfindet es auch die alte Heeresleitung; so empfinden Hindenburg und Ludendorff. Erstens aber ist es so nicht richtig, und zweitens werden diejenigen, die anders empfinden, nie von ihrem Widerstande lassen. Nicht Einigung im Namen des nationalen Gedankens, sondern Vertiefung und Verewigung des nationalen Zwiespalts würde von der Rechten kommen. Es ist auch viel Tüchtigkeit und Idealismus in ihr, aber zu wenig ideenpolitische Einsicht und damit ist über sie das Urteil gesprochen.

Die Sozialdemokratie empfängt ideenpolitisch ihr Urteil von daher, daß sie am materialistischen Geschichtsprinzip festhalten will. Wer materialistisch denkt, verfällt rettungslos dem Schematismus, das heißt dem gedanklichen Militarismus, vor dem es kein Entkommen gibt, als die Zuflucht zur Idee. Die Idee als wirkende Kraft ist aber das rote Tuch des Marxismus. Will die Sozialdemokratie noch eine Zukunft haben, so muß sie dem Marxistischen Denkschema absagen. Das bedeutet für sie die schwerste Krisis. Geht sie durch diese hindurch, so ist die Partei, die dann übrig bleibt, keine Sozialdemokratie im

bisherigen Sinne mehr. Zum mindesten ist der Bruch mit den Unabhängigen, den konsequenten Marxisten, dann unheilbar. Selbst wenn es dazu kommt, wird die unmargistisch gewordene Sozialdemokratie noch nicht fähig sein, die Zukunft Deutschlands mit der ihrigen zu vereinen, weil sie in der Frage des Verhältnisses zwischen nationalen und menschheitlichen Zielen das Pferd umgekehrt aufzäumt. Sie trachtet nach der menschheitlichen vor der nationalen Gerechtigkeit, und sie sieht nicht, daß sie damit wider die Geschichte und wider die menschliche Natur streitet. Unsere Sozialdemokratie ist durchaus nicht immun gegen den nationalen Gedanken. Dieser lebt auch in ihr, aber vom Standpunkt der sozialdemokratischen Rechtgläubigkeit ist das ungehörig, inkonsequent. Es heißt bei den Sozialdemokraten nicht: hoch die deutsche Nation, sondern: hoch die Internationale! Als bloße Konterbande aber kann der nationale Gedanke nicht leben. Auf die sozialdemokratische Art wird derjenige Teil unsres Volkes, dem die nationalen Güter als kostbare, unverlierbare Werte gelten, nie zu gewinnen sein. Der nationale Gedanke in einem großen Volk hat absolute Kraft. Er kann durch so furchtbare Fehler der politischen Führung, wie wir sie erlebt haben, selbst bei der Mehrheit des Volkes vorübergehend betäubt werden, aber früher oder später zeigt er, daß er unsterblich ist. Er wird es um so eher zeigen — das gilt doppelt für uns in unsrer heutigen Lage! — je brutaler die Feinde auf unsrem Volkskörper herumtreten zu dürfen glauben. Wir können uns nichts Gefunderes wünschen als soviel wie möglich feindlichen Satanismus. Clémenceau und Northcliffe waren unsre schlimmsten Feinde; heute sind sie unsre besten Freunde. Eine Partei aber, die schwach ist gegenüber dem nationalen Prinzip, wird aus dieser Art von Freundschaft für die deutsche Sache keinen Vorteil ziehen können.

Als dritte Partei bleibt die deutsche Demokratie übrig. Ihr kann man mit einem Wort die Prognose stellen: Sie wird national und sozial sein, oder sie wird nicht sein. Eine Demokratie, die national brustschwach ist, die zuerst in Internationalismus und Menschentum machen will, die ist schon gerichtet. Eine deutsche Demokratie kann ihren politischen Berechtigungschein nur dadurch erwerben, daß sie den Satz als ihre Existenzgrundlage aufstellt: Wir wollen dem nationalen Gedanken besser dienen, als die Rechte und als die Sozialdemokratie es vermögen; darum her zu uns, wem Deutschlands Zukunft am Herzen liegt! Eine Demokratie, die grundsätzlich so orientiert ist, wird nach rechts hin sagen: Ihr seid untauglich, weil ihr eure Verantwortung nicht erkennen wollt; weil ihr ein System zurückführen wollt, das schuldvoll zusammengebrochen ist; weil ihr eure sozialen Klassenvorbehalte nicht aufgeben wollt. Und nach links hin: Ihr glaubt nicht an den Primat des nationalen Gedankens!

Wehe aber der Demokratie, die glaubt, es der Rechten gegenüber mit einem zweiten Aufguß auf das Kraut dieses Glaubens aufnehmen zu können. Auch in der Programmformel und der Stärke der Worte wird da kein Heil liegen. In diesen Dingen wird es der Rechten niemals schwer fallen, den Vogel abzuschießen. Bekennt sich die Demokratie zum nationalen Gedanken, so muß auch deutlich sein, daß dieses Stück das Herzstück ihres Bekenntnisses ist, keine bloß beiläufige vervollständigung, und daß der demokratische Weg zum nationalen Ziel besser ist als der konservative. Wehe auch der Demokratie, die in sozialer Richtung die Hand an den Pflug legt und dann zurückschaut nach den Fleischtöpfen der alten Wirtschaftsordnung und der alten Klassenvorzüge. Was für eine Wirtschaftsordnung es zukünftig geben soll, ist eine Frage sachverständigen Untersuchens und praktischen Erprobens. Kein nachdenkender Mensch kann sich heute noch einbilden, daß der Sozialismus auf seinem ferneren Wege noch viel andre Hindernisse finden wird, als solche, die in der menschlichen Natur selbst und in der äußern Natur der Dinge liegen. Bis an diese Grenzen hat er gesiegt und er wird nicht wieder zurückgeworfen werden können — es sei denn, daß in irgend welcher Zukunft die menschlichen Verhältnisse sich grundlegend ändern. Daran jetzt zu denken, ist nicht unsre Sache.

Der demokratische Gedanke hat es leichter als Konservatismus und Sozialdemokratie, sich von den Fesselungen des Materialismus und Schematismus, von der eingewurzelten militaristischen Denkmethode zu befreien, der im wilhelminischen Deutschland die Parteien, auch die antimilitaristischen, verfallen waren. Er kann am leichtesten den Weg in die ideenpolitische Freiheit finden. Aus diesem Grunde und aus keinem andern habe ich für mich persönlich Anschluß an die deutsche demokratische Partei genommen und empfehle ihn auch andern deutschen Patrioten. Nicht daß ich die Partei in ihrer heutigen Gestalt schon für so gut wie vollkommen hielte. Sie muß sozialpolitisch freier, vor allen Dingen führender werden, und sie darf nicht Personen und Pressorgane zu ihr zählen oder gezählt werden lassen, die nicht den Primat des nationalen Gedankens bekennen. Trotzdem glaube ich, daß aus der deutschen demokratischen Partei die Partei der nationalen, das heißt der politischen, und der sozialen, das heißt der menschlichen Zukunft Deutschlands werden kann. Die Rechte und die Sozialdemokratie wird weder das eine noch das andre werden. Für die Demokratie folgt daraus, daß ihre Entwicklung von selber so werden muß, daß wessen Denken an die nationale und an die soziale Höhenmarke des deutschen demokratischen Gedankens der Zukunft nicht heranreicht, seinen Stab aus der Partei hinaussetzen muß. Wir aber wissen, daß es keinen sichereren Weg gibt, Deutschland wieder führend in der Welt zu machen, als daß wir die Sache des

sozialen Fortschritts der Menschheit zur Sache des deutschen Volkes machen. Das Wort ist wahr: Wenn die Deutschen zuerst unter den Völkern dahin gelangen, daß es bei ihnen keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr gibt, dann haben sie den Weltkrieg zuletzt doch gewonnen! Das ist zu verstehen in dem Sinn, daß das Ziel der sozialen, menschheitlichen Gerechtigkeit auf Erden ein erniedrigtes Volk erhöht und der Dienst des sozialen, menschheitlichen Unrechts erhöhte Völker erniedrigt. Dienst des nationalen und des sozialen Gedankens aber heißt dem Vaterlande und der Menschheit dienen aus dem Geist und der Kraft.

Schriften zum neuen Aufbau

Die Schaffung der geistigen Grundlagen, auf denen wir unsere Zukunft aufbauen müssen, ist die brennendste Aufgabe der Zeit. Diesem Zwecke dient unsere Sammlung Das neue Geschlecht, die zwanglos erscheint und in der berufene Volksbildner das Wort ergreifen. / Bis hier erschienen sind:

Des Reiches Sonnenwende / Ein Mahnruf schwäbischer Dichter / Emanuel von Bodman / Hans Heinrich Ehrler / Ludwig Finckh / Cäcilia Flaishelm / Heinrich Lilienfein / Anna Schieber / Wilhelm von Scholz / Wilhelm Schussen / Auguste Supper Kart. M. 1.50

... Ein seltenes und kostbares Geschenk ist dies Buch! Es wird in vielen Stuben auf dem Brett liegen und manche Hand wird nach ihm greifen in erster Stunde; man wird es vorlesen, um wieder und wieder in ihm zu lesen. Denn es ist ein tiefer Brunnen! Schwab. M.

Theodor Heuß / Zwischen gestern und morgen Kart. M. 1.50

... Mit nüchternem Sachlichkeit, aber warmer Liebe zu seinem Volk spricht er über Nationalismus und Staatswillen, über Sozialisierung sowie Kunst, Schule und Kirche im neuen Deutschland. Die Ausführungen von Heuß über diese und jene Fragen gehören wohl zum Feinsinnigsten, was darüber in der Zeit geschrieben wurde. Staatsanzeiger für Württemberg.

Heinrich Lohoff / Arbeiten, nichts als arbeiten! Kart. M. 1.50

Ganz ausgezeichnet ist die Schrift von Lohoff, so wahr und kernhaft, so erquickend grob und ungeheuer, daß ihr die allerweiteste Verbreitung zu wünschen ist. Schwäbischer Merkur.

Paul Rohrbach / Politische Erziehung Kart. M. 1.50

Paul Rohrbach setzt seine unermüdete Arbeit an der politischen Aufklärung und Schulung unseres Volk vor und weist zunächst mit schlagenden Gründen die zahllosen Fehler nach, die unsre verantwortlichen und verantwortlichen Stellen gemacht haben, wobei der Schleier von manchen bisher wohlbehüteten Dingen gelüftet wird, um daraus die praktische Anwendung für unsere Weiterentwicklung zu ziehen. Das Buch schließt sich weit über die rasch veraltende Alltagsbrochüre zu einem Programm von grundsätzlicher Bedeutung.

Ulrich Voigt / Der deutsche Offizier der Zukunft / Gedanken eines Unmilitarischen Kart. M. 1.50

... so kann ich nur wünschen, daß das vorliegende Buch einen recht weiten und willigen Leserkreis finden möge, nicht nur unter den Offizieren jeden Alters und Dienstgrades, freilich in erster Linie bei jungen Nachwuchs. Aber die Schrift verdient auch darüber hinaus in weite Kreise des Bürgertums zu dringen, wo leider noch immer viel zu viel absonderliche und schiefe Meinungen über die Aufgaben und die Ziele des Offizierkorps verbreitet sind. Bayerische Offiziers-Zeitung.

Demnächst erscheinen:

Otto Braun / Der Student und die neue Zeit / Eine Einführung in die Aufgaben der akademischen Jugend Kart. M. 4.—

Dies Buch schildert zunächst die Grundlagen des gegenwärtigen Kulturbewußtseins und spricht dann von dem rechten Geist des Studiums und des akademischen Berufs, sowie vom sozialen Leben und Schaffen der akademischen Jugend. Ueberlegener philosophisch-historischer Blick verbindet sich mit einem flammenden Glauben an unsere Jugend und die in ihr ruhenden Kräfte.

Alexander Faure / Die Zukunftsarbeit unserer Kirche Kart. M. 4.—

Der Verfasser, von Beruf Geistlicher, aber längere Zeit hindurch abseits vom Pfarramt in praktischer Arbeit stehend, packt das Problem der Zukunftsarbeit unserer evangelischen Kirche bei den Hörnern; er entwirft mit feilschem Schwung das Bild einer einheitlicheren, lebendigeren und innerlicheren Kirche, als wir sie heute haben, und gibt zahlreiche wertvolle Anregungen für Predigt, Seelsorge und Kirchenverwaltung.

Weitere Schriften zur Politik:

Paul Rohrbach / Woher es kam Kart. M. 1.80

Das Beste, was über die Ursache unsres Zusammenbruchs geschrieben wurde.

Theodor Heuß / Deutschlands Zukunft Kart. M. 1.50

Diese in klassischer Form geprägten Richtlinien sollten Allgemeingut jedes politisch denkenden Deutschen werden.

..... Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Verlag J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart